

Agglomerationsräume entstehen. Wenn man die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten analysiert, so stellt man eine fortschreitende Banalisierung der Siedlungen und Naturräume fest. Trotz der vielen Vorschriften und der hohen Regelungsdichte ist es offensichtlich nicht gelungen, das öffentliche Interesse an einer möglichst attraktiven Landschaftsentwicklung zu wahren.

Es fehlt an einer Gesamtschau über die Wirkung der vielen Gesetze, die historisch gewachsen sind und nur Teilprobleme regeln. Auch reflektieren die Vorschriften häufig die Probleme der Vergangenheit, weil die Politik auf neue Herausforderungen in der Regel erst reagiert, wenn die Schäden schon eingetreten sind und der gesellschaftliche Druck sehr gross wird. Zudem können sich die privaten Interessen in der politischen Meinungsbildung besser organisieren und durchsetzen als die öffentlichen Interessen.

Wegen der grossen Bedeutung der staatlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung ist es notwendig, die Gesetzgebung kritisch auf mögliche Verbesserungen zu durchforsten. Wo sind harte Bauvorschriften gerechtfertigt und wo lohnt es sich, Verhandlungsspielräume zu schaffen, welche es den Investoren erlauben, bessere Lösungen zu entwickeln? Wie kann der Flächenverbrauch dank ökonomischen Anreizen und der vermehrten Nutzung von Industriebrachen reduziert werden? Ist es gerecht, die Raumplanungsvorschriften in den Landwirtschaftszonen zu lockern und damit das Gewerbe in den Industriezonen zu konkurrenzieren?

## Zu kleinräumige Raumplanung

Eine weitere, leider kaum diskutierte Schwäche der Raumplanung sind die zu kleinen Planungseinheiten. Auf einer Fläche, die etwa so gross ist wie das Bundesland Baden-Württemberg wird in 26 Kantonen und rund 2800 Gemeinden Richt- und Nutzungsplanung betrieben. Platz für regionale und grossräumige Betrachtungen bleibt da kaum. Der Wettbewerb zwischen Kantonen kann sogar dazu führen, dass Landwirtschaftsland kurzfristig und ohne Einhaltung der entsprechenden Verfahrensschritte in Industrieland umgezont wird. Dass ein solches Vorgehen, wie es in Galmiz im Kanton Fribourg kürzlich geschehen ist, kaum erfolgreich sein kann, ist nahe liegend.